

b) 54,5, c) 52,5, d)

harmf.

Damen 129, Herren 128, ...

harmf.

Waisen 21,80, Rhein. ...

roßmarkt

1935.

und Oelkosten für 1000 ...

Station ...

Station ...

Station ...

Station ...

Station ...

Station ...

Station ...

Station ...

Station ...

Station ...

Station ...

Station ...

Station ...

Station ...

Station ...

Station ...

Station ...

Station ...

Station ...

Station ...

Station ...

Station ...

Station ...

Station ...

Station ...

Station ...

Station ...

Station ...

Station ...

Station ...

Station ...

Station ...

Station ...

Station ...

Station ...

Station ...

Station ...

Station ...

Station ...

Station ...

Station ...

Station ...

Station ...

Station ...

Station ...

Station ...

Station ...

Station ...

Station ...

Station ...

Station ...

Station ...

Station ...

Station ...

Station ...

Station ...

Station ...

Station ...

Station ...

Station ...

Station ...

Station ...

Station ...

Station ...

Station ...

Station ...

Station ...

Station ...

Zeitung

Rheider Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Iffelburger Zeitung.

65. Jahrgang
Verlagsort: Bocholt.
Vertriebsort: Dortmund

Volksblatt für Bocholt und den Kreis Borken

Nummer 335

Mittwoch, den 4. Dezember 1935

Jahrgang 1935

Die Völkerbundsverpflichtungen zwingen England zur Aufrüstung.

Baldwin über die „Heiligkeit der Verträge“ und ihre Abänderung.

Die Thronrede des Königs.

Für Frieden, Verstärkung der Landesverteidigung
und wirtschaftlichen Aufbau.

London, 3. Dezember.

Das neue Parlament ist am Dienstag mittag eröffnet worden. Die Thronrede des Königs wurde vom Lordkanzler Lord Halifax im Oberhaus verlesen.

Sie beginnt mit der Feststellung, daß die Beziehungen zu den fremden Mächten nach wie vor freundlich sind. Die Außenpolitik der Regierung gründe sich daher wie bisher auf eine unzweideutige Unterstützung des Völkerbundes. Die Regierung bleibe gewillt, in Zusammenarbeit mit anderen Mitgliedern des Völkerbundes die Verpflichtungen der Genfer Satzung zu erfüllen. Insbesondere sei sie entschlossen, zu jeder Zeit ihren Einfluß voll für die Erhaltung des Friedens geltend zu machen. In Verfolg dieser Verpflichtungen habe sich die Regierung gezwungen gesehen, in Zusammenarbeit mit etwa 50 anderen Mitgliedsstaaten des Völkerbundes gewisse Maßnahmen wirtschaftlicher und finanzieller Natur auf Italien anzuwenden. Gleichzeitig werde sie auch weiterhin ihren Einfluß zu Gunsten eines Friedens ausüben, der für alle drei Parteien, nämlich Italien, Moskau und den Völkerbund, annehmbar sei.

Die Thronrede erwähnt hierauf kurz die demnächst in London beginnende Flottenkonferenz. Der König gibt seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß alle Einladungen angenommen wurden. Er vertraue darauf, daß die Arbeiten der Konferenz von Erfolg gekrönt sein werden.

Der nächste Absatz der Thronrede richtet sich insbesondere an die Mitglieder des Unterhauses. Es wird darin die Unterbreitung der Vorlagen über die Verfestigung der Landesverteidigung angekündigt.

Die Erfüllung der internationalen Verpflichtungen aus dem Völkerbunde, die auch die wirtschaftliche Lage des britischen Reiches maßgebend zu einer zwingenden Notwendigkeit, die die Wängel in der Landesverteidigung zu beseitigen. „Meine Minister“, so heißt es wörtlich, „werden Ihnen zur gegebenen Zeit ihre Vorschläge vorlegen. Sie werden auf das Mindestmaß beschränkt sein, was erforderlich ist.“

Die Thronrede wendet sich sodann wieder an die Mitglieder beider Häuser. Es wird die Fortsetzung der Bemühungen zur Förderung der wirtschaftlichen Erholung angekündigt. Besonders Aufmerksamkeit werde man den Gebieten schenken, wo die Arbeitslosigkeit am größten sei. Weiter gelte die Sorge der Regierung einer Besserung der Verhältnisse im Bergbau. Die Vereinheitlichung der Verkaufseinstellungen des Bergbaues sei ins Auge gefaßt, ebenso die Vereinheitlichung der Gültigkeit und Gültigkeitsstufen, die unter staatlicher Kontrolle gestellt werden sollen. Die Sicherheitsverhältnisse unter Tage sollen verbessert werden. Die Modernisierung des englischen Eisenbahnwesens soll durch eine Anleihe unter Staatsgarantie eingeleitet werden. Es folgt noch eine Reihe sozialpolitischer Fragen.

Wegen der Hoftrauer sind die üblichen prunkvollen Zeremonien bei der Parlamentseröffnung unterblieben. Bei dem Eröffnungsakt selbst wurde der König, durch die königliche Kommission vertreten, deren Führer der Lordkanzler ist.

Die große Aussprache im Unterhaus.

London, 3. Dezember.

Nachdem die Parlamentseröffnung am Dienstag mittag infolge des Todesfalles in der königlichen Familie ohne die übliche prunkvolle Feierlichkeit stattgefunden hatte, traten heute Häuser am Nachmittag zu der großen Aussprache über die Thronrede zusammen. Die Aussprache dauert zwei oder drei Tage.

Im Unterhaus wurde zunächst die Dankesadresse an den König von dem neuwählten Abgeordneten Watfield verlesen. Er ist Fliegerleutnant und bekannter internationaler Rugby-Spieler. Nachdem Watfield das Beileid der Abgeordneten zum Tode der Schwester des Königs ausgedrückt hatte, ging er zu außenpolitischen Fragen über und erklärte u. a.,

die bisher verfolgte Sanctionspolitik werde von der überwältigenden Mehrheit des englischen Volkes unterstützt.

Der Führer der Arbeiteropposition Attlee erklärte, die Opposition lehne die Thronrede des Königs ab. Sie berückichtige die dringenden außenpolitischen Angelegenheiten nur in sehr geringem Maße. Attlee fragte den Ministerpräsidenten, ob die Außenpolitik immer noch auf dem Punkt stehe, auf dem sie bei der Ankündigung der Neuwahlen gestanden habe. Die englische Regierung habe Italien zu gelinde behandelt. Sie habe nicht, wie es in der Thronrede heiße, den Völkerbund fest unterstützt. Die englische Außenpolitik habe in den letzten vier Jahren dauernd zwischen den Völkerbundsgrundsätzen und imperialistischen Gesichtspunkten hin und her geschwankt. Die Auffassung, daß ein Plan zur Beilegung des italienisch-afrikanischen Streitfalles auch für Italien annehmbar sein müsse, sei gefährlich. Der Hauptpunkt in der Thronrede sei natürlich die englische Aufrüstung. Die Regierung glaube anscheinend nicht, daß das Kollektivsystem

ein Schutz für das britische Reich sei, und sie beachtete nicht, es weiter zu verfolgen. Auch hinter dem geplanten Ausbau der englischen Luftverbände stehe die Absicht einer Verstärkung der englischen Luftaufrüstung. Auch mit der Innenpolitik der Nationalregierung erklärte sich Attlee sehr unzufrieden. Die Arbeitslosenfrage sei ungelöst. Die Bergleute würden wie Zwangsarbeiter behandelt.

Im Verlauf der Aussprache nahm auch Ministerpräsident Baldwin

das Wort. Er teilte mit, daß Außenminister Sir Samuel Hoare, der wegen Krankheit fehle, wahrscheinlich am Mittwoch für die Aussprache zur Verfügung stehen werde. Die Regierung sei bereit, eine außenpolitische Aussprache während der Bepfropfung der Thronrede anzulassen, falls dies das Unterhaus wünsche. Die Außenpolitik sei im Augenblick eine äußerst schwierige Frage. Der Einwand Attlees, daß die vorgeschlagenen Maßnahmen unnötig seien, falls die Regierung vollen Gebrauch von der kollektiven Sicherheit mache, müsse mit einem Hinweis auf Artikel 8 der Genfer Satzung erwidert werden, in dem es heiße, daß die Erhaltung des Friedens die Verminderung der nationalen Rüstungen auf den niedrigsten Stand gebiete, der mit der nationalen Sicherheit und der Erhaltung internationaler Verpflichtungen durch gemeinsames Vorgehen vereinbar sei. Hier heiße nichts davon, daß die Sicherheit eines beliebigen Landes ausschließlich auf

dem internationalen Schutz beruhen solle, den es zu erhalten hoffe. Auf eine weitere Bemerkung Attlees eingehend, erklärte Baldwin, daß es bei oberflächlicher Betrachtung einen Dualismus der englischen Außenpolitik gebe. Aber als derjenige, der die Verantwortung für das englische Staatsgeschick in höchst schwierigen Gewässern trage, werde er keine Gelegenheit vorbegehen lassen, um den Frieden anstatt den Krieg zu sichern. In der Tat habe der Völkerbund seine Probe zu bestehen, und wenn er auf Grund der oft erwähnten Bedingungen dem augenblicklichen schrecklichen Streitfall ein Ende bereiten könne, dann werde jeder in Europa, der den Frieden liebt, hierfür dankbar sein, immer vorausgesetzt, daß die niedergelegten Bedingungen auch die Bedingungen sind, die schließlich erlangt wurden.

Ministerpräsident Baldwin erwähnte hierauf die Bemerkung seines Vorredners über einseitige Aufkündigung von Verträgen und erklärte:

„Es ist durchaus wahr, daß die Heiligkeit der Verträge geschützt werden muß. Das bedeutet aber nicht, daß irgend ein gegebener Vertrag nicht abgeändert werden kann, oder daß für alle Zeiten die Gewähr besteht, daß die Verträge heute gültig sind. Aber die Mobilisierung eines Vertrages ist etwas anderes als eine Aufkündigung (repudiation).“ (Beifall.)

(Fortsetzung siehe zweite Seite!)

Die neue „Reichskostenordnung“.

Ein weiterer Schritt auf dem Wege
der deutschen Rechtseinheit.

Berlin, 3. Dezember.

Die „Reichskostenordnung“, die am 25. November 1935 von dem Reichsminister der Justiz auf Grund des ersten Gesetzes zur Überleitung der Rechtspflege auf das Reich erlassen wurde und die mit dem Beginn des neuen Haushaltsjahres, am 1. April 1936, in Kraft treten wird, regelt die Erhebung der Kosten auf dem weiten Gebiet der freiwilligen Gerichtsbarkeit und der Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen. Sie bedeutet, wie Staatssekretär Schlegelberger am Dienstag vor der Presse ausführte, einen außerordentlichen bedeutenden Fortschritt auf dem Wege zur deutschen Rechtseinheit. Während für Zivilprozesse und für Strafsachen die Kosten der Gerichte und Rechtsanwälte seit mehr als einem halben Jahrhundert durch Reichsgesetze einheitlich geregelt sind, war die Kostengebung in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit bisher stets Sache der Länder.

Nicht weniger als 28 Landeskostengesetze und zahlreiche Sonder- und Nebenbestimmungen verschwinden mit dem Inkrafttreten der „Reichskostenordnung“. Die deutschen Gerichte und die deutschen Notare erheben ihre Kosten nun ab nach dem gleichen Gesetz.

Daß die „Reichskostenordnung“ als ein Gesetzgebungsakt des Dritten Reiches nationalsozialistischer Grundtendenzen gemäß gestaltet ist, versteht sich von selbst. Wo irgend angängig, ist eine Entlastung der wirtschaftlich Schwachen durchgeführt. Vorwiegend sind über Minderjährige, Geisteskranken und Gebrechliche werden fortan gebührenfrei geführt, wenn das Reinvermögen des Fürsorgebedürftigen 5000 RM nicht übersteigt. Die Befreiung der Annahme an Kindesstatt ist unter der gleichen Voraussetzung (Reinvermögen bis 5000 RM) gebührenfrei. In Grundbuchsachen werden Geschäfte begünstigt, die der Erhaltung des Grundbesitzes in der Familie dienen. Auch sonst sind Härten, die sich aus den bisherigen Landeskostengesetzen ergaben, beseitigt worden. Allgemeine Befreiung wird es ausfallen, daß die Gebühren für die Einricht des Grundbuches, des Handelsregisters und sonstiger öffentlicher Register beseitigt sind, die als besonders lästig empfunden wurden.

Dr. Goebbels mit Familie in der Weihnachtsausstellung.



Ein hübscher Schnappschuß von dem Besuch des Reichsministers Dr. Goebbels mit seiner Familie in der Weihnachtsausstellung am Kaiserdom in Berlin. Freudestrahlend besaunen die Kleinen die ausgestellten wunderbaren Dinge. (Atlantic-N.)

Gold und Erdöl.

Von unserem
römischen Korrespondenten.

▲ Rom, Anfang Dezember.

Wenn man die politischen, moralischen und wirtschaftlichen Kräfte bestimmen will, aus denen sich heute die Spannungen der europäischen und der weltpolitischen Lage entwickeln, wird man sich hüten müssen, die Widerstandskraft und den Widerstandswillen des italienischen Volkes gegen den politischen Druck des Völkerbundes und den wirtschaftlichen Druck der Sanktionen zu unterschätzen. Es ist zwar auch aus der Nähe nur sehr schwer zu erkennen, mit welchen Motiven die Kampfpoker der Führung in den verschiedenen Schichten des Volkes aufgenommen und weitergeleitet werden. Aber es ist kaum ein Zweifel darüber möglich, daß eine starke Welle patriotischer Begeisterung und nationaler Bereitschaft alle Schichten des Volkes erfasst hat. Regierung und Volk erscheinen als eine geschlossene politische Einheit. In dieser Einheit wächst der Widerstand mit täglich zunehmender Erbitterung. Jeder einzelne ist bereit, sich in den wirtschaftlichen Kriegszustand der Nation einzuordnen und seinen Platz auszufüllen. Schon in den ersten zwei Wochen nach dem Beginn der Sanktionen hat sich das private und öffentliche Leben der Italiener in vielen wesentlichen Zügen umgeformt. Die politische Gleichrichtung ist freilich schon seit Jahren das Merkmal des Faschismus. Aber weite Bezirke des täglichen und privaten Lebens sind bisher davon unberührt geblieben, nur allzu begreiflich bei einem Volk eigenwilliger Individualisten, das den scharfen Rhythmus modernen Lebens nur ungern aufnimmt und schwer zu organisieren ist. Aber nun sind wie von innen heraus neue Kräfte der Ordnung und Sammlung aufgebrochen. Auch das private und tägliche Leben stellt sich unter ein neues Gesetz. Der von den Sanktionen aufgestachelte Kampfgeist beherrscht die Stunde.

Wenn echter Patriotismus nicht an tönenden Worten, sondern an dem Maß persönlicher Opferbereitschaft zu erkennen ist, dann gibt das italienische Volk in diesen Tagen, da es aufgefordert wurde, dem Vaterland sein Gold zu opfern, eine eindrucksvolle Bewährungsprobe. Der Staat hat ein Goldbeleihungsmonopol errichtet, das private Goldvorräte ankauft oder sich gegen eine fünfprozentige Verzinsung mit der Verpflichtung zur Rückgabe in Feingold leihen läßt. Die römische Niederlassung der Banca d'Italia hat zu diesem Zweck seit einigen Tagen fünf Schalter eröffnet, an denen das Gold auf seinen Gehalt geprüft und abgemessen wird. Einer davon ist der „Ehrenschalter“, der nur Gold als Geschenk annimmt. Er ist nicht weniger umlagert als die anderen. Aus allen Kreisen der Bevölkerung strömt hier das Publikum zusammen: die einfache Frau aus dem Volke mit dem bunten Schultertuch neben den vornehmen, in bisteres Schwarz gekleideten Damen aus alten Patrizierfamilien, der kleine Beamte neben dem gutverdienenden Arzt und Advokaten, der Arbeiter neben dem Professor. Auf den Tischen hinter den Schaltern häufen sich Halsketten, Armbänder, Uhren, Ohrringe, Kravattennadeln, Kreuze, Medaillen, Ehrentafeln, Ordensauszeichnungen, Patengeschenke der Kinder, altererbter Familienbesitz und die verschiedensten Schmuckstücke aus den Festtagen des kleinen Mannes. Aus allen Orten der Provinz wird täglich Wehrliches gemeldet. Die Kirchenfürsten geben ihre goldenen Ketten, Brustkreuze und Ringe, Veteranen ihre Medaillen, Sportsleute ihre Auszeichnungen, Sammler ihre Münzen. Donna Rachele Mussolini, die Frau des Duce, und ihre Tochter Edda, die Frau des als Fliegerhauptmann in Ostafrika stehenden Propagandaministers Ciano, haben der faschistischen Ortsgruppe, zu der ihre Villa an der Romentanischen Straße gehört, ein Kilogramm Gold und 50 Kilogramm Silber abgeliefert. In Mailand, der reichsten Stadt des Landes, sind in den ersten drei Tagen über drei Doppelgüter Gold zusammengekommen. Es ist in Wahrheit, wie die italienischen Zeitungen schreiben, ein plebiszito d'oro, eine „Volksabstimmung mit Gold.“

Man hat geschätzt, daß dem Staat auf diese Weise ein neuer Goldvorrat im Wert von 2 Milliarden Lire (etwa 400 Millionen Mark) zufließen werde. Daß wäre sehr viel, wenn man bedenkt, daß der letzte Ausweis der Notenbank, der noch veröffentlicht worden ist, einen Goldbestand von nicht ganz 4 Milliarden Lire angezeigt hat. Für die Bezahlung der Rohstoffimporte wäre der neue Zuwachs keineswegs zu verachten. Die Sache hat freilich auch noch eine andere Seite. Das Goldmonopol bezahlt für jedes Gramm abgeliefertes Feingold 15,50 Lire. Der Goldpreis, zu dem im Jahre 1927 die Lira stabilisiert worden ist, betrug nur 12,63 Lire. Es liegt also eine Abwertung der Lira vor. Das ist an sich nichts Neues. Der offi-

Anzeige in Zeitungen!

ma L. Remscheid sucht

18855

treter

und Klippe zum

Polenarmeenfabriken und

Abteilung, a. a. O. Provision.

Es ist 500 an die Ums.

no. Münster.

Suche für meinen

Lehrstuhl der schon

ein Jahr in der

Lehre ist, bei nächst

Wieder

Lehrstelle

Da ich denselben

meinen Auftrags-

monat nicht durch-

halten kann.

Kid. Peimann.

Auftragsvermittler.

Wilmann 1. 25.

Kirchhof 2.

Mittlerin

zwischen

Angebot und

Nachfrage

st die „Kleine

grosse Mätkänder Devisenkurs rechnet schon seit längerer Zeit mit einer Abwertung der Lira um etwa 10 Prozent. Außerdem ist die innere Kaufkraft der Lira seit Mitte 1924 (am Großhandelsindex gemessen) etwa um 15 Prozent gesunken. Der Verkaufspreis des Goldmonopols entspricht indessen einer Abwertung von 22 Prozent. Von amtlicher Seite wird dazu allerdings erklärt, daß es sich nicht um eine Abwertung handele, sondern um ein Aufgeld das zur Ablieferung des Goldes anreizen solle. Wie dem auch sei — praktisch wird jetzt zum ersten Male von offizieller Stelle (und mit einer ausdrücklichen Bestimmung im Goldmonopolgesetz) die bisher aufrecht-erhaltene Fiktion der Goldparität der Lira aufgegeben. Diese Entwicklung ist allerdings durch die Sanktionen nur beschleunigt, nicht herbeigeführt worden. Die erste Ursache ist in der Zahlungsbilanz zu suchen.

Reben dem Gold ist in diesen Tagen einer der wichtigsten Rohstoffe, die Italien vom Ausland beziehen muß, das Erdöl, in dem Mittelpunkt sorgender Aufmerksamkeit gerückt. Die Versorgung mit flüssigen Brennstoffen, die schon für die normale Wirtschaftsführung, erst recht aber für den Kriegsbedarf schlechthin unentbehrlich sind, ist eine der empfindlichsten Stellen der italienischen Wirtschaftsführung. Zwar ist die italienische Erdölpolitik schon seit Jahren planvoll darauf ausgerichtet, sich durch Bohrungen im eigenen Land und in Albanien, durch Beteiligungen an ausländischen Produktionsgesellschaften sowie durch Verwendung geeigneter Ersatzstoffe unabhängig zu machen. Aber dieses Programm ist auf mehrere Jahre abgestellt, und auch nach seiner Durchführung würde noch ein erheblicher Einfuhrbedarf übrig bleiben. Heute jedenfalls ist Italien durchaus darauf angewiesen, Kohöl, Benzin und Dieselkraftstoffe hauptsächlich aus Rumänien, Rußland, den Vereinigten Staaten und Persien zu beziehen. Man begreift deshalb, wie heftig die öffentliche Meinung reagiert, wenn die Möglichkeit der Sanktionsstaaten erörtert wird, die Einfuhrperre gegen Italien auch auf Erdöl auszuweiten. Das wäre auch dann ein empfindlicher Schlag, wenn die Vereinigten Staaten sich an der Erdölperre nicht beteiligen würden. Die amerikanische Lieferungsgeellschaft standen 1924 in der Statistik der italienischen Erdölfuhr erst an dritter Stelle, und nach den allerdings nicht widerspruchsfreien Meldungen der italienischen Presse muß es als recht zweifelhaft betrachtet werden, ob mit einer verstärkten Einfuhr aus den Vereinigten Staaten gerechnet werden kann. Außerdem besteht die Gefahr, daß die Bemühungen Englands, die amerikanischen Gesellschaften für die Einfuhrperre zu gewinnen, Erfolg haben. Es haben sich in diesen Tagen italienische Stimmen geäußert, die den Verdacht ausdrücken, daß England nur deshalb der Vertagung des Sanktionsausschusses zugestimmt habe, weil die Verhandlungen mit Amerika noch nicht abgeschlossen seien.

Schon daraus ist zu ersehen, daß man sich in Italien in der Frage der Erdölsanktionen keinem leichtfertigen Optimismus hingibt. Nicht umsonst ist von amtlicher Stelle erklärt worden, daß Italien die Erdölperre als einen „Mittelpunkt der Feindseligkeit“ betrachten werde. Die einem Mitglied des Sanktionsausschusses in Genf zugeschriebene Äußerung, die nächste Sitzung des Ausschusses am 12. Dezember werde ein „Weihnachtsgeschenk“ für Italien beschließen, ist im offiziellen „Giornale d'Italia“ mit leidenschaftlicher Erbitterung vermerkt worden. Aber man macht sich keine Illusionen. Das gilt insbesondere jetzt auch gegenüber Frankreich. Die vorläufigen Siege Lavals in der französischen Kammer sind zunächst mit einem Gefühl der Erleichterung und Genugtuung begrüßt worden. Aber man glaubt nicht mehr daran, daß Frankreich sich den Sanktionen widersetzen werde. Die Erdölsanktionen, die Laval dem italienischen Volksgesandten Cerutti in Paris auf englische Anregung gemacht hat, mögen diesen Eindruck an den maßgebenden Stellen bestätigt haben. Damit ist eine außerordentlich ernste Lage entstanden. Lavals Erdölsanktionen waren eine Warnung, aber zugleich eine Mahnung an Italien, noch vor dem 12. Dezember den Zugang zu einer politischen Lösung des abseitigen Konfliktes zu suchen. Ob die Frist lang genug und die Zeit noch reif ist? Die Antwort darauf wird für Italien auch von militärischen Erwägungen über den Feldzug in Ostafrika abhängen. Wenn es lediglich auf die italienische Volkstimmung ankäme, die durch die Drohung mit der Erdölperre aufs Äußerste gereizt wird, dann müßte man den neuen Friedensbemühungen ein unglückliches Ende voraussetzen. Aber Mussolini hätte nicht zum ersten Mal zu beweisen, daß er auch in Stunden schärfster Spannung kaltblütig abwägen versteht.

Die Ehre für den Staat.

Ein Beschluß der Mütter und Witwen der Kriegsgesetzten.

Kabinettsitzung in Rom.

A Rom, 3. Dezember.

Der italienische Ministerrat hat in seiner Dienstagssitzung die Tagesordnung der Sitzung vom letzten Sonntagabend abgeschlossen. Auch die Dienstagsitzung trug nach der amtlichen Verkaufsdruck rein geschäftsmäßigen Charakter und brachte keine Stellungnahme zu aktuellen politischen Fragen oder die vielfach erwarteten einschneidenden wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen. Aus den Beschlüssen ist besonders ein Gesetzentwurf gegen Fälschungen, Preissteigerungen und sonstige Störungen des inländischen Marktes sowie gegen Verletzungen der In- und Ausfuhrrechte bzw. Verträge gegen die Gefährdung über den Handel mit Devisen und Wertpapieren zu erwähnen.

Von besonderer Bedeutung im Abwehrkampf des italienischen Volkes gegen die wirtschaftliche Belagerung durch die Verbundmächte ist der Beschluß der Mütter und Witwen der Kriegsgesetzten, die am Sonntag im Palazzo Venezia versammelt waren und darüber einig wurden, daß

Die Aussprache der französischen Kammer über die Bünde.

Angriffe der Linken gegen die Regierung.

Laval und der Justizminister vom Pöbel überföhrt.

(1) Paris, 3. Dezember.

Die lang erwartete Aussprache der Kammer über die sogenannten Bünde begann am Dienstag um 10,30 Uhr vorläufig befehligen Wänden. Die Regierung war durch den Innenminister vertreten.

Auf der Tagesordnung stehen etwa zehn Anträge über die Tätigkeit der sogenannten Bünde und der Volksfront, die von links bzw. rechts eingebracht sind, und zwei Gesetzesentwürfe. Der eine regelt die öffentlichen Kundgebungen und ist nach seinem Berichterstatter Chauvin benannt; der zweite regelt Einfuhr, Herstellung sowie den Besitz von Waffen.

Der kommunistische Abgeordnete Ramette brachte verschiedene Schriftstücke und Zeitungsausschnitte vor, die die Gefährlichkeit der Feuerkreuzer und der übrigen „faschistischen Bünde“ und die „sträfliche Duldung“ der Regierung beweisen sollten und sprach sich offen für die Beseitigung des Kabinetts Laval aus. Als nächster Redner bestieg der radikalsozialistische Abgeordnete Guernut die Tribüne. Inzwischen war auch Ministerpräsident und Außenminister Laval in der Kammer erschienen und hatte auf der Regierungsbank Platz genommen.

Der radikalsozialistische Redner erklärte u. a. in einem zivilisierten Land dürfe es nur eine bewaffnete Macht des Staates geben: Die Armee und die Polizei. Er fragte die Regierung, ob sie die Tätigkeit und Herausforderungen der militärischen Verbände weiter zulassen wolle und verlas dann verschiedene Auszüge aus der „Action française“ und anderen rechtsstehenden Blättern, die logar Todesdrohungen gegen linksstehende Politiker, insbesondere gegen Leon Blum enthielten. Von der Linken wurden Proteste gegen den Justizminister laut, dem vorgeworfen wurde, gegen die verantwortlichen Schriftsteller nichts unternommen zu haben. Es wurden Rufe laut: „Rücktritt Berard!“ „Geht auf jahrelange Unterlagen der hauptstädtischen Guernut, daß die Verurteilung der sogenannten Kampfbünde offensichtlich sei. Daraus ergebe sich die Möglichkeit, gegen sie vorzugehen. Entweder müsse die Regierung ihre Methoden ändern, oder man müsse die Regierung wechseln!“

Die am Vormittag ruhig verlaufene Aussprache nahm am Nachmittag ziemlich kümmerlichen Charakter an, so daß der Kammerpräsident die Sitzung vorübergehend aufheben mußte. Der radikalsozialistische Abgeordnete Rucart betonte einleitend, daß er im Namen der Abgeordneten der Linken spreche. Er warf der Regierung vor, die Bünde trotz wiederholter Herausforderungen ermutigt zu haben. Die Regierung habe Auforderungen zum Mord und zu Gewalttaten und Generalproben zum Bürgerkrieg zugelassen. Als der Sprecher einige Fälle aufzählte, in denen angeblich Angreifer gegen politische Persönlichkeiten nicht zur Verantwortung gezogen worden seien, und als er besonders an die Verletzungen des Abgeordneten Elser erinnerte, der bei einem solchen Zusammenstoß ein Auge verloren habe, bemängelte sich der Kammerpräsident die Unruhe. Von der Linken Seite des Hauses wurde wiederholt der Rücktritt des Justizministers gefordert.

Ministerpräsident Laval erwiderte, daß im Falle Elser gegen den Angreifer eine Untersuchung eingeleitet worden sei. Sachverständige prüften, ob der Angreifer

im Besitz seiner geistigen Fähigkeiten sei. Die Worte des Ministerpräsidenten gingen in dem Lärm unter, der von der linken Seite des Hauses kam.

Die Unruhe dauerte fort, als der Justizminister anschließend seine Haltung in den erwähnten Fällen rechtfertigen wollte. Der Kammerpräsident hob schließlich die Sitzung vorübergehend auf.

Nach der Sitzungspause setzte der radikalsozialistische Abgeordnete Rucart seine Kritik an der Haltung der Regierung fort. Er bezeichnete die Verordnung zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung als unzureichend. Sie hätte auf Seiten der Bünde nur Lachen hervorgerufen, und sie enthalte kein Wort von der privaten Wille, deren Auflösung schon der Ausschuss vom 6. Februar verlangt habe. Rucart schloß mit der Feststellung, daß die Menge vom 14. Juli (damit ist die Kundgebung der Volksfront an der Bastille gemeint) kein Vertrauen mehr zur Regierung haben könne. Die Ausführungen Rucarts wurden von den Sozialisten und Kommunisten und von einem Teil der Radikalsozialisten mit höchstem Beifall aufgenommen.

Der sozialistische Abgeordnete Gallere schloß die Verantwortung für die blutigen Zusammenstöße, die sich vor einigen Wochen in seiner Heimatstadt Limoges abgespielt hatten, auf die Feuerkreuzer.

Gegen 11 Uhr verlegte sich die Kammer auf Donnerstag.

Ein radikalsozialistischer Entschliessungsentwurf.

(1) Paris, 3. Dezember.

Der radikalsozialistische Abgeordnete Rucart, der als Berichterstatter des Ausschusses für die Unterlegung der Ereignisse vom 6. Februar bekanntgemacht ist, beschloß, der radikalsozialistischen Kammergruppe für den Abschluß der Kammeraussprache über die Bünde folgende Entschliessung vorzuschlagen: „Die Kammer ist entschlossen, nur eine Regierung zu unterstützen, die die öffentliche Ordnung aufrecht zu erhalten und die öffentliche Ordnung aufrecht zu erhalten und geht zur Tagesordnung über.“

Eine gleichlautende Entschliessung wurde im Jahre 1899 von der Kammer angenommen, nachdem der damalige Präsident der Republik Roubet in Antenne belästigt worden war. Sie führte zu dem Sturz des Kabinetts Dupuy.

In der Sitzung der radikalsozialistischen Kammergruppe wurde über diesen Entschliessungsantrag kein Beschluß gefaßt. Dieser Entwurf wird von der Regierung nicht angenommen werden, weil er keine Vertrauensklärung für die Regierung enthält und praktisch logar auf eine Verurteilung zum mindesten des Ministerpräsidenten hinausgeht. Die Haltung der radikalsozialistischen Gruppe ist dahin zu deuten, daß Staatsminister Herriot seinen persönlichen Einfluß im Laufe der Fraktionssitzung eingelegt hat. Herriot hat erklärt, daß die Regierung ja bereit sei, die vom radikalsozialistischen Landesparlament gemachten Vorschläge anzunehmen. Wenn sie die Vollmacht, die ihr dadurch gegeben sei, nicht ausüben, so sei es immer noch Zeit, gegen die Regierung Stellung zu nehmen. In parlamentarischen Kreisen erwartet man, daß es Herriot gelingen wird, in den beiden kommenden Tagen einen ziemlich Teil der radikalsozialistischen Gruppe für die Politik der Regierung zu gewinnen.

Die Oelperre als „Damoklesschwert“ über Italien.

Man will damit Mussolini zur Nachgiebigkeit zwingen.

„Paris und London einig, Friedensverhandlungen anzubahnen“

DNB Paris, 3. Dezember.

In französischen politischen Kreisen mißt man der für Samstag angekündigten Zusammenkunft zwischen dem französischen Ministerpräsidenten Laval und dem englischen Außenminister Hoare große Bedeutung bei. Man ist der Ansicht, daß am Vorabend des Zusammentritts des 18er-Ausschusses in Genf, der sich mit der Frage der Erdölperre nach Italien zu beschäftigen haben wird, ein weiterer Verhandlungsvorschlag unterbreitet werden müsse. Die Tragweite der in Aussicht genommenen verstärkten Sanktionsmaßnahmen läßt in hiesigen politischen Kreisen die Befürchtung aufkommen, daß die Möglichkeiten einer friedlichen Regelung des italienisch-abessinischen Krieges dadurch sehr viel schwieriger würden. Man rechnet deshalb schon jetzt damit, daß die bevorstehende Aussprache sich lediglich um die absehbare Frage drehen werde.

Das „Deuxième“ hebt hervor, daß Paris und London darüber einig seien, Friedensverhandlungen anzubahnen, bevor der Beschluß der Sperre der Erdölfuhr nach Italien in Kraft trete. Deshalb würde der Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Beschlusses nicht

sehr früh liegen. Vermutlich werde man die Drohung mit der Inkraftsetzung ohne Zeitbestimmung als Damoklesschwert über Italien hängen lassen, um auf diese Weise eine friedliche Lösung zu beschleunigen.

Am engsten schließt sich der „Matin“ den römischen Pressestimmen an, wenn er gegen den Völkerverbund Stellung nimmt.

Kanada tanzt aus der Reihe.

Gegen weitere Sanktionsmaßnahmen.

DNB London, 3. Dezember.

Aus Ottawa wird gemeldet, daß der stellvertretende Premierminister Lapointe am Sonntagabend erklärt habe, der kanadische Vertreter in Genf habe bei der Unterlegung einer Ausdehnung der Sanktionsmaßnahmen gegen Italien in seiner persönlichen Eigenschaft als Mitglied eines Völkerverbundes Ausschusses gesprochen und nicht den Ansichten der kanadischen Regierung Ausdruck gegeben. Es sei daher ein Irrtum, von einem kanadischen Vorschlag zu sprechen.

Diese Feststellung des stellvertretenden Premierministers ist zurückzuführen auf die Genfer Aussprache über die Entschliessung des 18er-Ausschusses vom 6. November (Vorschlag 4), die die Ergründung der Rohölperre betraf und zu der der kanadische Völkerverbundsvertreter erklärte, es sei angezeigt, diese Sperre, sobald die notwendigen Voraussetzungen dazu vorlägen, außer auf Petroleum, Eisen, Stahl, Kohle noch auf weitere Rohstoffe, wie z. B. Kupfer usw., auszudehnen.

Das Büro des kanadischen Ministerpräsidenten Mackenzie King hat durch ein Kommuniqué erklärt, daß Kanada keinerlei Zugeständnisse machen werde, die es zur Anerkennung oder Durchführung von militärischen Sanktionen verpflichteten. Kanada erkenne zwar die Durchführung wirtschaftlicher Sanktionen an, aber es gebe keinerlei Bindungen ein, die militärische Sanktionen nach sich zögen.

In London wird dieses Ausbreiten Kanadas aus der Bahn der Empirapolitik mit gemischten Gefühlen aufgenommen. Das Abweichen ist eine unmittelbare Folge des Regierungswechsels in Kanada, der nach dem großen Wahlsieg der Liberalen im Februar der kanadischen Außenpolitik schwebende Regierung Mackenzie King aus der Bahn gebracht hat. Der neue Ministerpräsident hat seine Außenpolitik härter als zuvor nach Washington ausgerichtet, und die Neutralitätspolitik um jeden Preis, die von dort als Richtschnur ausgegeben worden ist, führt auch auf Kanadas Haltung ab.

Baldwins Rede im Unterhaus.

(Fortsetzung von der 1. Seite.)

Es ist die einseitige Auffassung, die die Herrschaft der Gewalt bedeutet und nicht die Modifizierung. Das

Dr. Hanfstängels Beleidigungsklage gegen den „Daily Express“.

DNB London, 3. Dezember.

Die seit September 1924 schwedische Ehrenbeleidigungsklage des Auslandspreßredakteurs der DSDAP Dr. Ernst Hanfstängl gegen den bekannten Londoner Express Zeitungsführer Lord Baverbrook kam am Freitag, dem 29. November, vor dem englischen Gerichtshof zur Verhandlung. Schon der erste Verhandlungstag brachte für Dr. Hanfstängl und seine Privatsekretärin Frau Magathe Hausberger ein mehrstündiges Kreuzhör, in dessen Verlauf trotz der Verhände von Seiten des gegnerischen Anwalts Sir Patrick Hastings die Stellung des Dr. Hanfstängl vollständig unerschüttert blieb. Eine Reihe unvorhergesehener Wendungen, die die Folge der durchaus laienhaften Einstellung Dr. Hanfstängels waren, führten bereits am Montag morgen zum Angebot für eine gültige Einigung von Seiten des Gegners. Trotz der ausgesprochen günstigen Prognose entschloß sich aber Dr. Hanfstängl im allgemeinen Interesse zu einem Abbruch des Prozeßverfahrens, nachdem die Gegenparteien im offenen Gerichtssaal ihre Beleidigungen zurückerufen und ihr Verhalten zum Ausdruck gebracht und zweitens die Übernahme der gesamten Dr. Hanfstängl erwachsenen Kosten zugesichert hatte.

Es sei hinzugefügt, daß von Dr. Hanfstängl der Gerichtsweg gegen den „Daily Express“ erst dann beschritten worden ist, als sämtliche Bemühungen, die Angelegenheit auf friedlichem Wege beizulegen, fehlschlagen waren. Die Verteilung des Dr. Hanfstängl lag in den Händen der berühmten Londoner Anwaltsfirma Kenneth, Brown, Baker und des bekannten King's Council Sergeant Sullivan.

Wie wir hören, hat seinerzeit der „Daily Express“ die Meldung eines amerikanischen Blattes über eine angebliche abfällige Äußerung des Auslandspreßredakteurs der DSDAP Dr. Hanfstängl, über eine englische Universität übernommen und in gefälliger Form wiedergegeben. Durch den Ausgang des Prozeßes ist nunmehr klar erwiesen, daß solche Äußerungen von Dr. Hanfstängl nicht gemacht wurden, sondern, daß der „Daily Express“ zumindest das Opfer einer Täuschung geworden war.

ist der große Unterschied. Es ist das Zerreißen eines Vertrages, was das moderne Europa verhindern will, falls es dies tun kann. Alle Ereignisse dieses Jahres haben dies klar zum Ausdruck gebracht, weil zum Angereicherstaat ein Land erklärt worden ist, mit dem alle Länder Europas auf freundschaftlichem Fuß stehen. Ungeachtet dieser Freundschaft haben sich alle jene Nationen auf eine Beteiligung an den wirtschaftlichen Sanktionsmaßnahmen geeinigt, die bisher angewandt worden sind, und sie erwägen weitere Sanktionsmaßnahmen für die Zukunft. — England, so sei manchmal behauptet worden, habe sich selbst vielfach zu sehr in den Vordergrund gestellt. Es müsse, so werde gesagt, seine Rolle zusammen mit den anderen Ländern spielen. Ein Land mit dem Einfluß und dem Verantwortungsbereich Englands, so erklärte Baldwin, müsse diese Verantwortlichkeiten angedacht aller Nationen auf sich nehmen, wenn die Zeit zum Sprechen gekommen sei. Gleichzeitig werde jedoch England selbst versuchen, ob es einen ehrenhaften Weg gebe, um diesen Streitfall nach Maßgabe der Bedingungen zu beenden, die sich den beiden Parteien und dem Völkerverbund nach Prüfung selbst empfehlen.

Der Schluß der Baldwin-Rede war innerpolitischen Angelegenheiten gewidmet.

Trauer im englischen Königshaus.

Prinzessin Victoria gestorben.

DNB London, 3. Dezember.

Die Schwester des Königs, Prinzessin Victoria, ist um 3,35 Uhr früh gestorben. Der Bericht der Wertschätzung, daß sie ein „friedliches Ende“ hatte. Die Prinzessin hat ein Alter von 67 Jahren erreicht. Der König hat jetzt noch eine lebende Schwester, die Königin Maud von Norwegen, die gegenwärtig in England weilt. König und Königin hatten ursprünglich die Absicht gehabt, sich nach der heutigen Eröffnung des Parlaments nach Sandringham zu begeben. Mit Rücksicht auf die schwere Erkrankung der Prinzessin hatten sie aber die Reise abgelaßt.

Nachträglich wird noch gemeldet, daß die Prinzessin seit drei Wochen kranklich war. Sie hatte weder der Hochzeit des Herzogs von Gloucester noch der Taufe des Herzogs von Kent beigewohnt. Vor ungefähr einer Woche trat eine Verschlimmerung ein.

Das Beileid des Führers.

DNB Berlin, 3. Dezember.

Der Führer und Reichskanzler hat dem König von England sowie dem Königspaar von Norwegen telegraphisch seine Anteilnahme an dem Tode der englischen Prinzessin Victoria zum Ausdruck gebracht.

Die deutsch-englische Freundschaft.

— London, 3. Dezember.

Am Dienstag landete auf dem Flugplatz in Croydon der Präsident der Deutsch-Englischen Gesellschaft, Gruppenführer Karl Eduard Herzog von Sachsen-Ruburg und Gotha, in Begleitung seiner Adjutanten Nord und v. Grolman, sowie des Schatzmeisters und des Sekretärs der Deutsch-Englischen Gesellschaft, Rodde und v. Wulffow. Der Herzog wurde empfangen von Minister Weigall vom Vorstand der Anglo-German Fellowship und deren Sekretär Mr. Wright, sowie von Vertretern der deutschen Botschaft. Zwei des Besuches des Herzogs ist die Teilnahme an dem am Donnerstag zu Ehren des ebenfalls in London anwesenden Reichspostführers von der Anglo-German Fellowship gegebenen Bankett.

Von A bis Z erfunden.

Eine gefährliche Lügenmeldung.

DNB Berlin, 3. Dezember.

Die „Basler Nachrichten“ verbreiten eine lächerliche und höchst gefährliche Lügenmeldung, die angeblich von einem solchen aus Belgien zurückgekehrten Gewehrsmann stammen soll. Danach soll die deutsche Regierung mit der jugoslawischen Regierung für den Fall eines britisch-italienischen Krieges bestimmte Abmachungen getroffen haben.

Jugoslawien soll, so heißt es in dieser Schwindelmeldung weiter, angeboten worden sein, seine „Gebiete“ vor allem Kroatien, zurückzugeben. Der erste Julan, monstros solle auf österreichischem Boden erfolgen und dem Reich dadurch ein Vorwand zum Eingreifen gegeben werden. Ungarn werde sich gegenüber Jugoslawien neutral verhalten. Dies sei in Berlin mit Gömbös abgemacht worden. Deutschland habe sich damit einverstanden erklärt, daß Jugoslawien dann den südbalkanischen Teil von Kroatien, Ungarn das Burgenland erhalten werde.

Von zutunlicher Seite der Reichsregierung wird hierzu erklärt, daß alle diese Meldungen und Kombinationen von A bis Z frei erfunden sind und nichts anderes als eine lächerliche politische Brunnenergussung darstellen, die mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen und verurteilt wird.



Gen Anhold

Nummer 33

Tage Sportgeist

mit der englischen Jahres nach einer gemessenen hat, ist es gewöhnlich, daß die deutsche Spieler in England eine große Versuch des Gemein, das Spiel zu verhindern oder zu miflungen, Beginn des Kampfes wollten, haben, schwere Enttäuschung der Waffen auf die Deutschen selbst, hätten am meisten Kundgebungen zu hätten die vor der Flugblätter zerrissen, „Bref Association“ hielten zwischen den hin und schreib: griff auch auf die Feld verließen, mo die Menge in langen allen Seiten hörte Leistung der deut: Zuversicht nicht gemacht, sondern a von Bonadon Poli: von sieben Personen Auffschritten trugen vor ein Bericht darauf hingewiesen: Mifschlungen gef: stellungen erfüllen Erwartungen, die der gelebt haben,

Waterlands

Jerre römischen R: rung, der patrioti: werte Eifer gesch: der Aufforderung Gold dem Waterla: an alle Volkstreif: nur etwas hat, Goldvorrats diene: annahmestelle. Die Regierung bei diese: sie nicht nur vorbil: flugsbereich gef: Altar des Waterla: unterstellte Geisli: machen, daß es W: Christen seien, der: Schwierigkeiten bei: linien Italien geste: dieser Hinsicht der: Es liegt uns fern: andere Seite in der: ergreifen aber gar: triotische Gescheh: die Maßnahmen: Aber folgende V: Plaze: In dem mit Recht darauf h: der Volsche w: dem Vorwand ei: für die Einleit der Weltrevolution hin: Autorität ershöte: die Staaten, die in: stehen, nicht ungl: ein Land mit solid: Glied mit der S: dem kommunistisch: sind wie diejenige: „Generalstab der: seinen Entschlies: des italienischen R: Beachtung. Sie e: dem christlichen G: Kaisers ist, der st: Staaten, unter bes: zu wirken und zu

Nach einer amt: nischen Königs: des diplomatischen kommenden Jahr: zweifellos auf die: schaffene Lage und Abwehrkampf jur: auch nach dem V